

Debatte um Kaufering bleibt

Grüne bemängeln fehlendes Gesamtkonzept für KZ-Außenlager

München – Der Streit darüber, wie ein angemessener Erinnerungsort im Lager VII in Kaufering, der früheren Außenstelle des KZ Dachau, aussieht, schwelt seit Jahren. Auch am Donnerstag im Bildungsausschuss des Landtages wurde der Zwist nicht gelöst. Die Landtags-Grünen hatten das Kultusministerium zum Rapport geladen; im Bericht präsentierte das Ministerium kleine Fortschritte: Die Stiftung Bayerische Gedenkstätten, die sich im Freistaat um Entwicklung und Betreuung der KZ-Gedenkstätten kümmert, werde einen Wettbewerb für ein Corporate Design der Erinnerungsorte in Auftrag geben. Zudem werde im Historischen Rathaus Landsbergs die zentrale Anlaufstelle aller Gedenkstätten der Stadt eingerichtet. Dazu zählen neben den Tonröhrenbunkern des Lagers VII, in denen Häftlinge hausen mussten, der Rüstungsbunker auf dem Gelände der Welfenkaserne, eine Abteilung im Stadtmuseum und dezentrale Standorte wie der Bahnhof Kaufering, KZ-Friedhöfe und andere Relikte des KZ.

Offen blieb die seit Jahren schwelende Streitfrage nach dem Gesamtkonzept. Dahinter steckt der Streit ums Geld, den selbst eine eigene Arbeitsgruppe nicht lösen konnte: Das Gelände gehört der Stiftung Europäische Holocaustgedenkstätte, die ein Dokumentationszentrum mit Führungen und Seminarräumen errichten möchte. Bisher organisieren Ehrenamtliche Führungen durchs Lager VII. Besichtigungen sind nur nach Absprache möglich,

Für Täterorte würden Millionen ausgegeben, für Opferorte nicht

Infotafeln fehlen. Dagegen favorisiert die Stiftung Bayerische Gedenkstätten nun offenbar ein „eher zurückhaltendes Projekt“ ähnlich dem in Hersbruck, dem Außenlager des KZ Flossenbürg, oder dem Münchner Gedenkort zum Olympia-Attentat, wo zwölf Infotafeln, Gegenstände und eine Videoinstallation an die Opfer des Anschlags der Olympischen Spiele 1972 erinnern.

Diese Idee kritisierte Gabriele Triebel (Grüne) scharf. „Dieser Vergleich ist für die Bedeutung von Lager VII beschämend“, sagte sie. In Kaufering seien 30 000 Menschen gewesen, davon 6000 gestorben. Zumal für Täterorte wie den Obersalzberg oder das Nürnberger Reichsparteitagsgelände Millionen ausgegeben werden. Triebel, Zweite Bürgermeisterin Kauferings, hatte den Antrag eingebracht; sie beschäftigt sich seit Jahren mit dem Thema. Der Vergleich beziehe sich nur auf die Darstellung, entgegnete Werner Karg vom Ministerium. Ute Eiling-Hüthig (CSU) bat Triebel, „die Emotionen hintanzustellen und die Angelegenheit gemeinsam in Ruhe anzuschauen“. Ein Ortstermin im Mai sei der Anfang, danach werde man viele Gedenkstätten besichtigen, um eine Lösung zu finden. Nach der Sitzung war Triebel mäßig optimistisch. Seit 30 Jahren werde diskutiert. Sie sei offen, „aber es reicht irgendwann“. Dann solle man dazu stehen, dass es kein Doku-Zentrum gebe. „Aber wie wir mit Täter- und Opferorten umgehen, wird im Ausland wahrgenommen.“ Der Komplex Kaufering entstand im Sommer 1944 als Außenstelle des KZ Dachau. Die elf Lager durchliefen bis April 1945 etwa 30 000 Menschen, die meisten von ihnen Juden aus ganz Europa. 1983 wurden die Tonröhrenbunker unter Denkmalschutz gestellt. Der Bund stufte sie als „Denkmal von nationaler Bedeutung“ ein und gab für die Konservierung 700 000 Euro aus. **ANGU**